

LEISTUNGSBESCHREIBUNG

für die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt

Inhalt

LEISTUNGSBESCHREIBUNG	1
1. Vertragsgegenstand und Losaufteilung	2
2. Auftraggeber.....	2
3. Vertragsdauer	3
4. Zahl und Verteilung der zu betreuenden Beschäftigten	3
5. Einsatzorte	4
6. Leistungsbeschreibung Los 1: Betriebsärztliche Betreuung inkl. Arbeitspsychologie und Prävention des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt	4
6.1 Einsatzzeiten	6
6.1.1 Grundbetreuung	6
6.1.2 Betriebsspezifische Betreuung	6
6.1.3 Aufgaben des Betriebsarztes	7
6.1.4 Betreuungsumfang der betriebsärztlichen Betreuung.....	8
6.1.5 Betreuung schwangerer und stillender Beschäftigter und Schülerinnen	9
6.1.6 Besondere Anforderungen im Bereich Arbeitspsychologie und Prävention	9
6.1.7 Eignung	10
6.2 Bewertungsmatrix Los 1	11
7. Leistungsbeschreibung Los 2: Sicherheitstechnische Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt.....	17
7.1. Einsatzzeiten	17
7.1.1 Grundbetreuung	19
7.1.2 Betriebsspezifische Betreuung	19
7.1.3 Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit	20
7.1.4 Eignung	
7.2 Bewertungsmatrix Los 2	20
8. Arbeits- und Maßnahmenplanung sowie Koordination	27
9. Gremienstruktur und Teilnahme der Auftragnehmer	27
10. Arbeitsplan und Berichtswesen	28
11. Datenschutz, Verschwiegenheit– beide Lose	29
12. Vergütung und Rechnungslegung je Los	30
13. Haftung – gilt für beide Lose.....	32

1. Vertragsgegenstand und Losaufteilung

Für die Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt einschließlich deren Wohnheimen soweit diese in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt sind, sind gemäß DGUV Vorschrift 2, Anlage 2 in der aktuellen Fassung die betriebsärztliche und arbeitssicherheitstechnische Gesamtbetreuung zur Wahrnehmung der in den §§ 3 und 6 des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (ASiG) vom 12. Dezember 1973 sowie §§ 3 bis 6 des Gesetzes über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz - ArbSchG) vom 7. August 1996 in den jeweils geltenden Fassungen bezeichneten Aufgaben zu vergeben.

Gegenstand ist die Durchführung der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung gemäß folgenden Vorschriften:

- Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG)
- DGUV Vorschrift 2
- Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG)
- einschlägige Verordnungen (z. B. ArbMedVV, BetrSichV, GefStoffV)

Die zu vergebenden Leistungen werden in zwei Fachlose aufgeteilt:

- **Los 1:** Betriebsärztliche Betreuung einschließlich Arbeitspsychologie und Prävention des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt.
- **Los 2:** Sicherheitstechnische Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt.

Bieter können sich auf ein oder beide Lose bewerben. Für jedes Los ist ein eigenständiges Angebot einzureichen. Die Vergabe erfolgt losweise.

2. Auftraggeber

Auftraggeber ist das Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt als Oberste Schulbehörde gemäß § 82 Abs. 2 Schulgesetz. Dieses wird vertreten durch den für die betriebsmedizinische und arbeitssicherheitstechnische Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt zuständigen Referatsleiter/Referatsleiterin. Der Auftraggeber behält sich die Letztentscheidung von Fragen

der strategischen Steuerung vor, dazu zählen insbesondere inhaltliche Schwerpunktsetzungen, die Weiterentwicklung und Festlegungen zur Budgetverteilung.

3. Vertragsdauer

Für beide Lose gilt:

Der Vertrag beginnt am 1. August 2026 und endet am 31. Dezember 2030. Es besteht die Möglichkeit der einmaligen Verlängerung des Vertrages um zwei Jahre (bis längstens 31. Dezember 2032). Der Vertrag verlängert sich automatisch, wenn er nicht vom Auftraggeber oder Auftragnehmer mit einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten zum 31. Dezember 2030 gekündigt wird. Dies gilt für beide Lose.

4. Zahl und Verteilung der zu betreuenden Beschäftigten

Für beide Lose gilt:

Gegenwärtig sind an den 769 öffentlichen Schulen des Landes 19.400 Beschäftigte (Schulverzeichnis siehe Anlage 2) beschäftigt. Es ist zu berücksichtigen, dass mit der Fortschreibung der Schulentwicklungs- und Personalplanung im Land Sachsen-Anhalt die Zahlen jährlich angepasst werden. Die Zahlen werden jährlich fortgeschrieben und den Auftragnehmern beider Lose jeweils im November eines Jahres für das darauffolgende Kalenderjahr mitgeteilt.

Zum Landespersonal an öffentlichen Schulen in kommunaler Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt zählen u. a. die Schulleitungen, Lehrkräfte, Lehramtsanwärter¹, Referendare, Pädagogische Mitarbeiter sowie Betreuungskräfte, Schulverwaltungsassistenten und pädagogische Unterrichtshilfen sowie Personal, welches im Zeitraum des Vertrages in den Landesdienst eingestellt wird und noch nicht zu den aufgeführten Kategorien zählt. Die Auftragnehmer werden vom Landesschulamt (im Folgenden „LSchA“) informiert. Weitere Verwaltungsangestellte und technisches Personal an den Schulen sind Beschäftigte des Schulträgers.

Derzeit werden drei Gymnasien, sechs Förderschulen (Landesbildungszentren) und die Schule des zweiten Bildungsweges als Schulen in direkter Trägerschaft des Landes geführt. An diesen Schulen sind auch die weiteren Verwaltungsangestellten, Betreuer in Wohnheimen und das technische Personal Landesbedienstete.

¹ Männliche oder weibliche Funktionsbezeichnungen schließen alle anderen Geschlechter immer mit ein.

Im Rahmen der Vorsorge Mutterschutz sind landesweit jährlich rund 170 schwangere oder stillende Beschäftigte und rund 175 schwangere oder stillende Schülerinnen zu betreuen. Es ist davon auszugehen, dass dies auch in den kommenden Jahren der Fall ist.

5. Einsatzorte

Einsatzorte sind grundsätzlich die Schulstandorte. Darüber hinaus sind Einsatzzeiten im Rahmen der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung in Versorgungszentren möglich. Um landesweit eine gute Erreichbarkeit zu gewährleisten, sind Versorgungszentren des Auftragnehmers grundsätzlich in den im aktuell gültigen Landesentwicklungsplan 2010 ausgewiesenen Oberzentren und Mittelzentren mit Teilfunktion eines Oberzentrums (Stadt Dessau-Roßlau, Stadt Halle (Saale), Landeshauptstadt Magdeburg, Hansestadt Stendal und Stadt Halberstadt) einzurichten. Die vollständige Funktionsfähigkeit der Versorgungszentren und die ordnungsgemäße Betreuung dort sind spätestens ab dem 1. November 2026 zu gewährleisten und nachzuweisen.

Die Leistungen sind an allen Schulen in öffentlicher Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt sowie in den Versorgungszentren zu erbringen. Die Einsatzorte sind für beide Lose identisch.

6. Leistungsbeschreibung Los 1: Betriebsärztliche Betreuung inkl. Arbeitspsychologie und Prävention des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt

Los 1 umfasst sämtliche Aufgaben der betriebsärztlichen Betreuung inkl. Arbeitspsychologie und Prävention gemäß §§ 3 und 6 ASiG sowie der DGUV Vorschrift 2, einschließlich:

- Durchführung betriebsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen,
- Beratung und Betreuung im Mutterschutz (einschließlich der Schülerinnen, siehe Nr. 6.1.5),
- Unterstützung im Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM),
- Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Arbeitspsychologie und Prävention,
- Beratung zu psychischen Belastungen und Gefährdungsbeurteilungen,
- Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention.

Die Leistungen sind in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber und ggf. dem Auftragnehmer von Los 2 zu erbringen, um eine ganzheitliche Betreuung des Landespersonals sicherzustellen. Insbesondere bei der Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen, gemeinsamen Begehungen, Präventionsmaßnahmen und im Berichtswesen ist eine Abstimmung erforderlich. Die

Schnittstellen werden im Rahmen der Gremienarbeit regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst. Vorzulegen ist ein Konzept zur betriebsärztlichen Betreuung unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit der arbeitssicherheitstechnischen Betreuung (mit Ausnahme betriebliche Gesundheitsförderung).

Der Auftragnehmer stellt die betriebsärztliche Betreuung sicher, insbesondere:

Pflichtaufgaben

- Durchführung betriebsärztlicher Vorsorge gemäß ArbMedVV
- Durchführung betriebsärztlicher Vorsorgeuntersuchungen gem. den Vorgaben der „DGUV Empfehlungen für betriebsmedizinische Beratungen und Untersuchungen“
- Beratung zu:
 - ergonomischen Arbeitsplätzen (Lehrerarbeitsplätze)
 - Bildschirmarbeit
 - Lärm: Durchführung von Nachhallmessungen (z. B. Klassenräume, Sporthallen)
 - Infektionsschutz (z. B. Masern, Grippe, Corona)
 - Hautschutzvorsorgen
- Unterstützung bei Gefährdungsbeurteilungen (medizinische Aspekte)
- Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen psychischer Belastungen
- Beurteilung von Arbeitsfähigkeit
- Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) – beratend
- Unterstützung des Arbeitgebers zur Erfüllung der sich aus Arbeitsschutzgesetz und den daraus abgeleiteten Verordnungen ergebenden Pflichten als Arbeitgeber
- Als Option ist auch ein Konzept für die Unterstützung beim BEM-Fallmanagement anzubieten.

Angebotsvorsorge

- Impfberatung und Organisation
- Vorsorge bei besonderen Belastungen (z. B. Chemieunterricht)

Besondere Anforderungen Schule

- psychische Belastung Lehrkräfte
- Stimm- und Sprechbelastung
- Infektionsrisiken
- Umgang mit inklusiven Settings und Besonderheiten an Förderschulen.

Dieser Bereich umfasst die Förderung und Erhaltung der Gesundheit sowie der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Landesbediensteten an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft

im Land Sachsen-Anhalt zum Teil auch die Mitwirkung bei deren Wiederherstellung durch die Betriebsärzte. Dazu ist eine ganzheitliche Betrachtung des arbeitenden Menschen mit Berücksichtigung somatischer, psychischer und sozialer Prozesse notwendig.

6.1 Einsatzzeiten

Die Einsatzzeiten richten sich nach DGUV Vorschrift 2 (Betreuungsgruppe Schulen).

Es ist eine Kombination aus:

- Grundbetreuung
- betriebsspezifischer Betreuung

anzubieten.

6.1.1 Grundbetreuung

Die Aufgaben der anfallenden Grundbetreuung ergeben sich aus den Abschnitten II. und IV. der Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2. In Erfüllung der Nummern 85.2 und 85.3 im Abschnitt P² des Abschnitts IV. der Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2 werden je Beschäftigtem 0,25 Stunden Grundbetreuungszeit für die betriebsärztliche Betreuung zur Verfügung gestellt. Für die Arbeitspsychologie und Prävention werden je Beschäftigtem 0,15 Stunden Grundbetreuungszeit zur Verfügung gestellt.

6.1.2 Betriebsspezifische Betreuung

Die Relevanz und der Umfang des betriebsspezifischen Teils der Betreuung werden durch den Auftraggeber gemäß Abschnitt III. der Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 der DGUV Vorschrift 2 ermittelt. Aktuell ergibt sich ein Bedarf von 3.500 Stunden für die betriebsspezifische betriebsärztliche Betreuung.

In den 3.500 Stunden für die betriebsspezifische betriebsärztliche Betreuung sind folgende kalkulatorische Annahmen und Bedarfe enthalten:

- Betriebsspezifische betriebsärztliche Betreuung die nicht der Umsatzsteuer unterliegt:
2.100 Stunden,

- betriebsspezifische betriebsärztliche Betreuung im Versorgungszentrum die der Umsatzsteuer unterliegt: 400 Stunden,
- Betreuung werdender und stillender Beschäftigter: 500 Stunden und
- Betreuung werdender und stillender Schülerinnen: 500 Stunden.

Die Anzahl der einzusetzenden Betriebsärzte an den öffentlichen Schulen richtet sich nach der Anzahl der zu betreuenden Landesbediensteten an den öffentlichen Schulen. Als Einsatzzeiten sind 0,25 Std./Jahr für den Betriebsarzt pro Beschäftigten und Jahr anzusetzen. Zu gewährleisten ist, dass jeweils ein koordinierender Betriebsarzt als fester Ansprechpartner für die Schulbehörden gemäß § 82 Abs. 2 SchulG LSA zur Verfügung stehen.

Einsatzorte sind grundsätzlich die Schulstandorte. Darüber hinaus sind Einsatzzeiten im medizinischen Zentrum bei individuellen Konsultationen wie z.B. Mutterschutz, beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) oder ähnlichem möglich. Das Unternehmen, das die Betriebsärzte beschäftigt, gewährleistet eine ordnungsgemäße Betreuung am Einsatzort. Für Beratungen, die keine körperliche Untersuchung erfordern, sind DSGVO konforme Onlineangebote vorzuhalten.

Die Betreuung der an den öffentlichen Schulen beschäftigten Landesbediensteten erfolgt in Abstimmung mit dem LSchA. Dieses ist auch personalführende Stelle der Bediensteten und Beschäftigten.

6.1.3 Aufgaben des Betriebsarztes

Die Aufgaben des Betriebsarztes bestimmen sich nach § 3 ASiG, die Qualifikation nach § 4 ASiG in Verbindung mit § 3 DGUV Vorschrift 2.

Die Anzahl der einzusetzenden Betriebsärzte richtet sich zum einen in der Grundbetreuung nach der Anzahl und dem in § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2 vorgegebenen Zeitfaktor für die Grundbetreuung der zu betreuenden Landesbediensteten an den öffentlichen Schulen. Der Bedarf im Bereich der betriebsspezifischen Betreuung wird in Art und Umfang jährlich neu in einem Arbeits- und Maßnahmenplan festgelegt. Aufgrund der Regelungsinhalte der DGUV Vorschrift 2 kann es hier zu jährlichen Schwankungen kommen. Zur rein kalkulatorischen Ermittlung des Angebotspreises sind im Kapitel 6.1.2 Stundenansätze für die betriebsspezifische betriebsärztliche Betreuung und ärztliche Untersuchungen gemäß der Verordnung zur betriebsmedizinischen Vorsorge (ArbmedVV) zu Grunde gelegt.

Die Betreuung von Beschäftigten an öffentlichen Schulen erfordert von den Betriebsärzten neben den selbstverständlichen medizinischen Kenntnissen auch ein hohes Maß an technischen, organisatorischen und arbeitspsychologischen Fähigkeiten. Erfahrung in der Betreuung von Schulen in öffentlicher Trägerschaft wird daher vorausgesetzt.

Der Auftragnehmer gewährleistet eine den gesetzlichen Vorgaben entsprechende ordnungsgemäße Betreuung der Bediensteten an öffentlichen Schulen des Landes Sachsen-Anhalt. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass ein koordinierender Betriebsarzt als fester Ansprechpartner für die Schulbehörden gemäß § 82 Abs. 2 SchulG LSA zur Verfügung steht. Dieser ist unmittelbar nach Zuschlagserteilung zu benennen. Entsprechende Kontaktdaten sind innerhalb eines Monats nach Zuschlagerteilung dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen.

6.1.4 Betreuungsumfang der betriebsärztlichen Betreuung.

Die betriebsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen erfolgen gem. den Vorgaben der „DGUV Grundsätze für betriebsmedizinische Untersuchungen“. Die Vergütung der betriebsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen erfolgt nach einfachem Satz der Gebührenordnung Ärzte (GOÄ) und wird in Abhängigkeit des maßgebenden Preises in Einsatzzeit umgerechnet. Hierbei ist zu beachten, dass es sich nicht um den tatsächlich anfallenden Zeitfaktor handelt. Vielmehr werden die Leistungen, die nach GOÄ berechnet werden ins Verhältnis zum vereinbarten Stundensatz gesetzt.

Den Angeboten zur betriebsärztlichen Betreuung ist eine Übersicht des Auftragnehmers bezüglich der zu veranschlagenden Zeiteinsätze beizufügen (siehe Anlage 3 „DGUV Grundsätze“). Des Weiteren sind in dem vorzulegenden Konzept über Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention (siehe Punkt 6.1.6) Angaben zu machen, aus denen hervorgeht welcher Zeiteinsatz (unter Zugrundelegung des Angebotspreises für die betriebsmedizinische Betreuung) hier zu Grunde gelegt wird.

Die Erbringung der vereinbarten Betreuung kann die Zuziehung anderer Fachkräfte, wie z. B. Physiotherapeuten, Logopäden, Psychologen o.a. erfordern. Dies ist entweder durch eigenes Personal sicherzustellen oder kann durch die Beauftragung etwaiger Dritter (Nachunternehmer) erfolgen. Diese müssen nachweisen, dass sie die entsprechende Berufsbezeichnung nach berufsständischem Recht führen dürfen.

6.1.5 Betreuung schwangerer und stillender Beschäftigter und Schülerinnen

Der Betriebsarzt berät den Auftraggeber und die Beschäftigten im Bereich Mutterschutz unter Beachtung der Vorgaben des Gesetzes zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz – MuSchG) vom 23. Mai 2017 in der jeweils gelten Fassung. Die Inanspruchnahme durch die Bediensteten ist freiwillig. In den letzten Jahren haben jeweils rund 175 schwangere oder stillende Beschäftigte von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Die Vorsorge Mutterschutz beinhaltet insbesondere: ein Beratungsgespräch durch einen Betriebsarzt in Präsenz in einem Betriebsmedizinischen Versorgungszentrum des Auftragnehmers (siehe Kapitel 6) oder telemedizinisch und eine Kontrolle des Immunstatus durch Einsichtnahme in den Mutterpass oder Impfausweis. Bei ungeklärtem Immunstatus ist zur Antikörperbestimmung eine Blutentnahme durchzuführen und auszuwerten. Die Blutentnahme hat in einem Betriebsmedizinischen Versorgungszentrum des Auftragnehmers zu erfolgen. Das Ergebnis der Blutentnahme soll nach zwei Wochen vorliegen.

6.1.6 Besondere Anforderungen im Bereich Arbeitspsychologie und Prävention

In den vergangenen Jahren haben psychische (Belastungs-)Faktoren immer stärkeren Einfluss auf die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Landesbediensteten an den Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt gewonnen. Auch wenn die Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2 die Bereiche Arbeitspsychologie und Prävention unter den Bereich der betriebsärztlichen Betreuung subsummiert möchte der Auftraggeber diesem Bereich ein stärkeres Gewicht geben und sieht ihn deshalb als eine eigene Säule im Rahmen eines Gesamtkonzepts.

Der Auftragnehmer unterstützt den Auftraggeber bei der Konzipierung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts zur psychischen Gesundheit der Beschäftigten. Der Bieter hat hierzu ein entsprechendes Konzept vorzulegen, das mindestens die nachfolgend genannten Punkte berücksichtigt:

- Konzept zur Durchführung psychischer Gefährdungsbeurteilungen und Beratung des Auftraggebers sowie von Interessensvertretungen sowie Schwerbehindertenvertretungen hierzu,
- Umsetzung anlassbezogener Maßnahmen, z. B. Mediation, Supervision, Coaching
- fachliche Begleitung und Beratung der Schulaufsicht,
- Entwicklung und Beratung von Führungskräften im Hinblick auf psychische Gesundheit,

- Berücksichtigung der besonderen Aspekte einer hohen Altersstruktur der Beschäftigten
- Angebote zur Gewaltprävention.

6.1.7 Eignung

Der Bieter hat nachzuweisen, dass die von ihm eingesetzten Ärzte berechtigt sind, die Gebietsbezeichnung "Arbeitsmedizin" oder die Zusatzbezeichnung "Betriebsmedizin" zu führen (Qualifikation nach § 4 ASiG in Verbindung mit § 3 DGUV Vorschrift 2). Der Nachweis ist durch Vorlage von entsprechenden Zeugnissen, Zertifikaten oder anderen relevanten Dokumenten zu erbringen.

Der Bieter hat darüber hinaus nachzuweisen, dass der eingesetzte Betriebsarzt in der Lage sein muss, das unter Ziffer 6.1.3 beschriebene Wissen betriebsbezogen aufzuarbeiten und die so gewonnenen Erkenntnisse überzeugend in die Beratung der Landesbediensteten und Entscheidungsträger einzubringen. Der Betriebsarzt darf keine Arbeitgeberfunktion gegenüber den zu untersuchenden Landesbediensteten ausüben. Die Nachweise sind durch Vorlage entsprechender Eigenerklärungen zu erbringen.

Die notwendige Erfahrung in der Betreuung von Schulen in öffentlicher Trägerschaft ist durch die Vorlage von mindestens drei Referenzen nachzuweisen. Als Referenz sind Auftraggeber zu benennen, die eine Betriebsärztliche Betreuung von Landespersonal an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Umfang von mindestens 7 500 Beschäftigten benennen können. Der jeweilige Auftraggeber muss ein Land im Geltungsbereich des Grundgesetzes sein.

Wird für die Erbringung der vereinbarten Betreuung die Zuziehung anderer Fachkräfte, wie z. B. Physiotherapeuten, Logopäden, Psychologen o.a. erforderlich, ist mit dem Angebot nachzuweisen, dass der Auftragnehmer über derartiges Fachpersonal verfügt. Kommt eine Beauftragung Dritter in Betracht, sind diese zu benennen. Entsprechende Qualifikationsnachweise sind dem Angebot beizufügen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Dauer des Vertragsverhältnisses eine branchenübliche Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von EUR 2.500.000,00 nachzuweisen.

6.2 Bewertungsmatrix Los 1

Der Zuschlag wird unter Berücksichtigung aller Umstände auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der Preis ist nicht allein ausschlaggebend. Für jedes Los gelten eigenständige Zuschlagskriterien, die in den Vergabeunterlagen detailliert aufgeführt sind. Die Bewertung und Vergabe erfolgt losweise. Bieter, die sich auf beide Lose bewerben, müssen für jedes Los ein vollständiges Angebot einreichen.

Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat die Vergabestelle folgende Zuschlagskriterien festgelegt:

Zuschlagskriterien	Gewichtung Hauptkriterien	Gewichtung Unterkriterien	Punkte	Gewichtete Maximalpunktzahl
Brutto-Gesamtangebotspreis	35 %			350
Konzept elektronische Leistungs- sowie Belegerfassung und Belegprüfung	7,5 %			75
Konzept digitale Unterweisung	7,5 %			75
Informations- und Buchungsportal	7,5 %			75
Konzepte zur Durchführung der Betreuung	42,5 %			425
Konzept zur betriebsmedizinischen Betreuung und arbeitspsychologischen Betreuung unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit der arbeitssicherheitstechnischen Betreuung		25 %	0 - 10	
Konzept über Angebote zur betrieblichen Gesundheitsförderung, Arbeitspsychologie und Prävention		12,5 %	0 - 10	
BEM-Fallmanager		5%	0 - 10	

Optionale Unterstützung BEM-Fallmanager				
Summe	100%	42,5		1.000

Zuschlagskriterium „Brutto-Gesamtangebotspreis“

Das Zuschlagskriterium "Brutto-Gesamtangebotspreis" wird mit 35 % berücksichtigt. Zur Abgabe des preislichen Angebots ist das Preisblatt auszufüllen, das sich am Ende dieser Leistungsbeschreibung befindet. Die Vorgaben der Leistungsbeschreibung dürfen nicht verändert werden. Es ist ausschließlich ein Pauschalpreis an der vorgegebenen Stelle einzutragen. Für die Leistungserbringung ist ausschließlich dieser Preis maßgeblich.

Also entfällt auf das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis (A) die Preis-Maximalpunktzahl von 350 Punkten. Bei allen anderen Angeboten wird von der Preis-Maximalpunktzahl (350 Punkte) eine Differenzpunktzahl abgezogen (Punktabzug), die ihrer prozentualen preislichen Abweichung zum günstigsten Angebot entspricht. Folgende Berechnungsformeln werden angewandt:

$$\text{Abweichung [in \%]} = \frac{(\text{Angebotspreis des zu wertenden Angebots [in EUR]} * 100)}{(\text{Angebotspreis des günstigsten Angebots [in EUR]})} - 100$$

$$\text{Punktabzug [in Punkten]} = \frac{350 \text{ Punkte} * \text{Abweichung [in \%]}}{100}$$

$$\text{Punktzahl Preis des zu wertenden Angebots} = 350 \text{ Punkte} - \text{Punktabzug [in Punkten]}$$

Eine Punktzahl von 350 entspricht dabei dem Bestwert. Diese erhält der günstigste Bieter. Derjenige, der den doppelten Preis (und mehr) des preisgünstigsten Bieters anbietet, erhält 0 Punkte. Diese Methode zur Ermittlung der Rangfolge der Angebote in preislicher Hinsicht bildet nach Auffassung des Auftraggebers die Wirtschaftlichkeitsunterschiede angemessen ab.

Weitere Zuschlagskriterien

Es werden die Qualität und Funktionalität bezogen auf die konkrete Auftragsdurchführung bewertet, indem Konzepte zur Durchführung der Betreuung abverlangt und bewertet werden.

Bewertungsmaßstäbe für die weiteren Zuschlagskriterien

Die Bewertung erfolgt in einem Kontinuum von 10 Punkten für die sehr gute Erfüllung eines Kriteriums, bis zu 0 Punkten für die ungenügende Erfüllung eines Kriteriums. Die mangelhafte Erfüllung wird mit ein bis zwei Punkten bewertet, die ausreichende Erfüllung mit drei bis vier Punkten, die befriedigende Erfüllung mit fünf bis sechs Punkten, die gute Erfüllung mit sieben bis acht Punkten und die sehr gute Erfüllung mit neun bis zehn Punkten. Die Bewertung erfolgt gemäß den nachfolgenden Kriterien:

- Sehr gut – eine besonders hervorragende Erfüllung der Auswahlkriterien (9 – 10);
- Gut – eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Erfüllung der Auswahlkriterien (7 – 8);
- Befriedigend – eine Erfüllung der Kriterien, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht (5 – 6);
- Ausreichend – eine Erfüllung der Kriterien, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht (3 – 4);
- Mangelhaft – eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Erfüllung der Kriterien (1 – 2);
- Ungenügend – eine völlig unbrauchbare Erfüllung der geforderten Kriterien (0).

Die Ergebnisse bei den einzelnen Zuschlagskriterien werden anhand der vorgegebenen Gewichtung zu einer gewichteten Gesamtpunktzahl für den Bieter verrechnet (s.o. Tabelle).

Erläuterung besondere Bedeutung

Die nachfolgenden Erläuterungen geben einen Hinweis, worauf der Auftraggeber bei der Bewertung der einzelnen benannten Konzepte ein besonderes Augenmerk hat. Das begründet sich in der Bedeutung dieser Bereiche für den Auftraggeber.

Zuschlagkriterium „Konzept elektronische Leistungs- sowie Belegerfassung und Belegprüfung“

Die Qualität und Funktionalität bezogen auf die konkrete Auftragsdurchführung wird anhand eines Konzeptes zur Durchführung der elektronischen Leistungs- sowie Belegerfassung bewertet.

Die Bewertung erfolgt gemäß den dargestellten Bewertungsmaßstäben für weitere Zuschlagskriterien.

Die Bewertung erfolgt anhand der Aussagen des geforderten Konzeptes zu den nachfolgenden

Kriterien:

- Automatisierungsgrad: Fähigkeit, den Prozess der Leistungs- sowie Belegerfassung und -verarbeitung so zu automatisieren, dass dieser einerseits den Anforderungen an Compliance und Nachverfolgbarkeit gerecht wird und andererseits Synergieeffekte wie bspw. Zeitersparnis und Fehlerreduktion realisiert werden können.
- Datenqualität: Die Genauigkeit der Datenerfassung ist Voraussetzung für eine valide und zuverlässige Analyse, Auswertung und Weiterverarbeitung der Daten.
- Integrationsfähigkeit: Die elektronische Belegerfassung muss über eine Schnittstelle in bereits bestehende Standardanwendungen (z. B. Word, Excel) integrierbar sein.
- Flexibilität, Anpassbarkeit, Skalierbarkeit: Die Fähigkeit Anpassungen gem. den kundenspezifischen Erfordernissen vorzunehmen und mit steigenden Mengen von Dokumenten und Anforderungen mitzuwachsen.
- Erfahrung: Erläuterung der Erfahrungen bei der Implementierung der elektronischen Leistungs- sowie der Belegerfassung und -prüfung
- Sicherheit und Datenschutz: Angemessene Sicherheitsmaßnahmen und ein Berechtigungskonzept im Datenschutz sind essentiell, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen und Risiken eines unberechtigten Zugriffs zu minimieren.

Anhand der für das Konzept nach obigem Schema erreichten Bewertungspunktzahl (0 – 10 Punkte) wird unter Zugrundelegung der Gewichtung die gewichtete Punktzahl ermittelt. Bei der bestmöglichen Bewertung mit 10 Punkten wird eine gewichtete Punktzahl von 75 Punkten erreicht werden. Bei einer niedrigeren Bewertungspunktzahl wird eine im Verhältnis hierzu niedrigere Punktzahl erreicht. Folgende Berechnungsformel wird angewandt:

Punktzahl = $\frac{75 \text{ Punkte} * \text{erreichte Punktzahl}}{10}$

10

Zuschlagskriterien „Konzepte zur Durchführung der Betreuung“

Die Qualität und Funktionalität bezogen auf die konkrete Auftragsdurchführung wird anhand der abverlangten Konzepte zur Durchführung der Betreuung bewertet.

Die Bewertung der Konzepte erfolgt gemäß den dargestellten Bewertungsmaßstäben für weitere Zuschlagskriterien.

Zuschlagskriterien zur Betriebsmedizinischen Betreuung inklusive Arbeitspsychologie und Prävention

Der Bieter hat ein Konzept über Angebote zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Prävention vorzulegen. Hierin sind Angaben zu machen, welche Angebote in welcher Weise

auch sowie ausschließlich online durchgeführt werden können und wie diese abgerechnet werden können, wobei auch Möglichkeiten zur Bildung von Abrechnungspauschalen darzustellen sind. In dem Konzept ist auch darzustellen, wie in Krisenzeiten der Wechsel ausschließlich auf Online-Angebote ohne Vorlauf- bzw. Vorbereitungszeiten erreicht werden kann.

Die Bewertung der Konzepte erfolgt nach dem o.g. benannten Schema Qualität, Tiefe und Überzeugungskraft der Darstellung bei den folgenden Themenfeldern:

- Die Abgabe von Empfehlungen bei Präventionsmaßnahmen und bei der betrieblichen Wiedereingliederung gem. § 167 SGB IX.
- Die Beratung Langzeiterkrankter bei ärztlich begleiteter Belastungserprobung/stufenweiser Wiedereingliederung.
- Die Beratung Langzeiterkrankter oder von Erkrankung bedrohter Beschäftigter einschließlich Beratung bei der individuellen Einrichtung von Arbeitsplätzen und Empfehlungen für Sachausstattungen und Hilfsmittel.
- Die Beratung des Auftraggebers, insbesondere der Schulleitungen und Beschäftigten zur Gesundheitsorganisation und -prävention.
- Unterstützung bei der Etablierung schulinterner oder schulübergreifender Gesundheitszirkel, die sich mit stimmlichen und körperlichen Belastungssituationen wie z.B. Heben und Tragen im Förderschul-Bereich, Besonderheiten älter werdender Beschäftigter, Berufseinsteigern, einschließlich psychischer Belastungen befassen.
- Angebote und Maßnahmen zu Verhältnis- und Verhaltensprävention.
- Angebote zur physischen und psycho-sozialen Präventionsmaßnahmen / Gesundheitsförderung.

Über die genannten Punkte hinaus soll der Bieter weitere, aus seiner Sicht für das Landespersonal gemäß Nummer 4 wichtige Aspekte explizit einarbeiten und mit dem Konzept vorstellen.

Die Maßnahmen sind darauf auszurichten, präventive Strukturen zu etablieren, psychische Belastungen zu reduzieren sowie die Arbeitsfähigkeit und das Wohlbefinden der Beschäftigten nachhaltig zu fördern und zu erhalten.

Zuschlagskriterium "Konzept zur betriebsmedizinischen und arbeitspsychologischen Betreuung unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit der arbeitssicherheitstechnischen Betreuung (mit Ausnahme betriebliche Gesundheitsförderung und Präventionsangebote)"

Das Konzept muss die für die Landesverwaltung wesentlichen Aufgabenfelder der DGUV Vorschrift 2 für die Betreuungsgruppe III der Grundbetreuung enthalten.

Der Bieter muss mindestens auf nachfolgend umrissene Themen eingehen. Die Qualität, Tiefe und Überzeugungskraft der Darstellung wird entsprechend der o.a. Bewertungsmaßstäbe bewertet.

Unterstützung und Beratung der Dienststellenleiter (inkl. entsprechender Dokumentation) bei/zu:

- der Erstellung und Fortschreibung der Gefährdungsbeurteilungen unter besonderer Berücksichtigung der psychischen Belastungen,
- Maßnahmen der Verhältnisprävention,
- gemeinsamen Begehungen,
- der Beurteilung der Arbeitsbedingungen an den Arbeitsplätzen in den Schulen unter Berücksichtigung von zu identifizierenden Gefährdungen und Belastungen,
- der Dokumentation und Kooperation mit dem Schulträger,
- Maßnahmen der Verhaltensprävention,
- der Durchführung von digitalen Unterweisungen von Schulleitungen sowie Lehrkräften / Aufklärung und Beratung,
- der Ersthelferorganisation und des Hygienemanagements einschließlich Hygieneplan,
- der Umsetzung der Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes, Mutterschutzgesetzes, der Lastenhandhabungsverordnung, zu Hautschutzplänen, Lärmbelastung, Raumluft und Raumausstattung u.a.
- Anleitung/Beratung von Arbeitssicherheitsbeauftragten.

Untersuchung der Bediensteten gemäß:

- § 11 Arbeitsschutzgesetz
- den Vorgaben der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (Angebots- und Pflichtuntersuchungen unter Beachtung der DGUV Grundsätze für arbeitsmedizinische Untersuchungen)

Anhand der für das Konzept nach obigem Schema erreichten Bewertungspunktzahl (0 – 10

Punkte) wird unter Zugrundelegung der Gewichtung die gewichtete Punktzahl ermittelt. Bei der bestmöglichen Bewertung mit 10 Punkten wird eine gewichtete Punktzahl von 425 Punkten erreicht werden. Wobei jedes der Teilkonzepte einzeln bewertet wird und die im Verhältnis gewichteten Punkte zu einer Gesamtpunktzahl aufaddiert werden. Bei einer niedrigeren Bewertungspunktzahl wird eine im Verhältnis hierzu niedrigere Punktzahl erreicht. Folgende Berechnungsformel wird angewandt:

$$\text{Punktzahl} = \frac{(425 \text{ Punkte} * \text{erreichte Punktzahl})}{10}$$

7. Leistungsbeschreibung Los 2: Sicherheitstechnische Betreuung des Landespersonals an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land Sachsen-Anhalt.

Los 2 umfasst sämtliche Aufgaben der sicherheitstechnischen Betreuung gemäß §§ 6 und 11 ASiG sowie der DGUV Vorschrift 2, einschließlich:

- Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung von Gefährdungsbeurteilungen,
- Durchführung von Begehungen und Unterweisungen,
- Beratung zu Maßnahmen des technischen Arbeitsschutzes,
- Unterstützung bei der Umsetzung gesetzlicher und berufsgenossenschaftlicher Vorgaben,
- Mitwirkung bei der Organisation der Ersten Hilfe und des Brandschutzes.

Die Leistungen sind in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber und ggf. dem Auftragnehmer von Los 1 zu erbringen, um eine ganzheitliche Betreuung des Landespersonals sicherzustellen. Insbesondere bei der Erstellung von Gefährdungsbeurteilungen, gemeinsamen Begehungen, Präventionsmaßnahmen und im Berichtswesen ist eine Abstimmung erforderlich. Die Schnittstellen werden im Rahmen der Gremienarbeit regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst.

7.1. Einsatzzeiten

Die Anzahl der einzusetzenden Fachkräfte für Arbeitssicherheit richtet sich in der Grundbetreuung nach der Anzahl und dem in § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2 vorgegebenen Zeitfaktor für die Grundbetreuung (vergleiche Kapitel 7.1.1) der zu betreuenden

Landesbediensteten an den öffentlichen Schulen. Der Bedarf im Bereich der betriebsspezifischen Betreuung wird in Art und Umfang jährlich neu in einem Arbeits- und Maßnahmenplan festgelegt. Aufgrund der Regelungsinhalte der DGUV Vorschrift 2 kann es hier zu jährlichen Schwankungen kommen. Zur rein kalkulatorischen Ermittlung des Angebotspreises sind die im Kapitel 7.1.2 dargestellten Stundenansätze für die betriebsspezifische sicherheitstechnische Betreuung zugrunde gelegt.

Des Weiteren hat der Auftragnehmer den Auftraggeber bei der Erfüllung seiner gesetzlichen Pflichten nach dem ArbSchG sowie den sich daraus ableitenden Verordnungen (u. a. ArbStättV, GefStoffV, BetrSichV, LärmVibrationsArbSchV, LasthandhabV, PSA-BV, BioStoffV) umfassend zu unterstützen.

Dies umfasst insbesondere:

- Planung und Umsetzung der allgemeinen Grundsätze des Arbeitsschutzes (§ 4 ArbSchG),
- Erstellen von Betriebsanweisungen (§ 4 ArbSchG). Unter Beachtung der einschlägigen Rechtsvorschriften wie dem § 14 der GefStoffV, § 12 der BetrSichV und § 14 der BioStoffV,
- Erstellung der Gefährdungsbeurteilung für jeden Arbeitsplatz, Risikoanalyse für alle Tätigkeiten (§ 5 ArbSchG),
- Anlegen und Erstellen von Dokumentationen (§ 6 ArbSchG), wie z.B. Unterweisungsunterlagen, Gefahrstoffkatasters, Betriebsanweisungen,
- Erste Hilfe und sonstige Notfallmaßnahmen (§ 10 ArbSchG),
- Durchführung von Schulungen und Unterweisungen vorzugsweise digital (§ 12 ArbSchG)

Pflichtaufgaben

- Beratung bei:
 - Gestaltung von Arbeitsplätzen
 - Beschaffung von Arbeitsmitteln
 - baulichen Maßnahmen
- Durchführung von Begehungen
- Unterstützung Gefährdungsbeurteilungen
- Unfallanalysen
- Mitwirkung bei Unterweisungen

Spezifisch Schule

- Sicherheit in Fachräumen (Chemie, Physik, Werken)
- Sportstätten
- Schulhöfe

- Brandschutzorganisation
- Evakuierungskonzepte

Darüber hinaus ist ein Konzept zur interdisziplinären Mitwirkung im Rahmen des BEM vorzulegen.

Als Einsatzzeiten sind 0,30 Std./Jahr für die Fachkraft für Arbeitssicherheit pro Bediensteten und Jahr anzusetzen. Zu gewährleisten ist, dass eine koordinierende Fachkraft für Arbeitssicherheit als fester Ansprechpartner für die Schulbehörden gemäß § 82 Abs. 2 SchulG LSA zur Verfügung steht.

Das Unternehmen, das die Fachkräfte für Arbeitssicherheit beschäftigt, gewährleistet eine ordnungsgemäße Betreuung am Einsatzort.

Der Auftragnehmer gewährleistet eine den gesetzlichen Vorgaben entsprechende ordnungsgemäße Betreuung der Bediensteten an öffentlichen Schulen des Landes Sachsen-Anhalt. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass ein fester Ansprechpartner für die landesweite Koordination der Vertragsinhalte für den Auftraggeber zur Verfügung steht. Dieser ist unmittelbar nach Zuschlagserteilung zu benennen. Entsprechende Kontaktdaten sind innerhalb eines Monats nach Zuschlagerteilung dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen.

7.1.1 Grundbetreuung

Die Aufgaben der anfallenden Grundbetreuung ergeben sich aus den Abschnitten II. und IV. der Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2. In Erfüllung der Nummern 85.2 und 85.3 im Abschnitt P³ des Abschnitts IV. der Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2 werden je Beschäftigtem 0,3 Stunden für die sicherheitstechnische Betreuung zur Verfügung gestellt

7.1.2 Betriebsspezifische Betreuung

Die Relevanz und der Umfang des betriebsspezifischen Teils der Betreuung werden durch den Auftraggeber gemäß Abschnitt III. der Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 der DGUV Vorschrift 2 ermittelt. Aktuell ergibt sich ein Bedarf von 3.580 Stunden für die betriebsspezifische sicherheitstechnische Betreuung.

³ gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

In den 3.580 Stunden für die betriebsspezifische sicherheitstechnische Betreuung sind folgende kalkulatorische Annahmen und Bedarfe enthalten:

- Betriebsspezifische sicherheitstechnische Betreuung gemäß Abschnitt III der Anlage 2 zu § 2 Absatz 3 DGUV Vorschrift 2: 1.800 Stunden und
- Beratung und Unterstützung des Auftraggebers bei der Erfüllung der sich aus Arbeitsschutzgesetz und den daraus abgeleiteten Verordnungen ergebenden Pflichten als Arbeitgeber: 1.780 Stunden.

7.1.3 Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit

Die Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit richten sich nach §§ 6 und 11 ASiG sowie § 5 ff ArbSchG.

7.1.4 Eignung

Der Bieter hat nachzuweisen, dass die von ihm eingesetzten Fachkräfte für Arbeitssicherheit die notwendige Qualifikation nach § 7 ASiG in Verbindung mit § 4 DGUV Vorschrift 2 erfüllen. Der Nachweis ist durch Vorlage von entsprechenden Zeugnissen, Zertifikaten oder anderen relevanten Dokumenten zu erbringen.

Die notwendige Erfahrung in der Betreuung von Schulen in öffentlicher Trägerschaft ist durch die Vorlage von mindestens drei Referenzen nachzuweisen. Als Referenz sind Auftraggeber zu benennen, die eine Sicherheitstechnische Betreuung von Landespersonal an Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Umfang von mindestens 7 500 Beschäftigten benennen können. Der jeweilige Auftraggeber muss ein Land im Geltungsbereich des Grundgesetzes sein.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Dauer des Vertragsverhältnisses eine branchenübliche Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von EUR 2.500.000,00 nachzuweisen.

7.2 Bewertungsmatrix Los 2

Der Zuschlag wird unter Berücksichtigung aller Umstände auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der Preis ist nicht allein ausschlaggebend. Für jedes Los gelten eigenständige

Zuschlagskriterien, die in den Vergabeunterlagen detailliert aufgeführt sind. Die Bewertung und Vergabe erfolgt losweise. Bieter, die sich auf beide Lose bewerben, müssen für jedes Los ein vollständiges Angebot einreichen.

Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat die Vergabestelle folgende Zuschlagskriterien festgelegt:

Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Gleichbehandlung und Transparenz hat der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien festgelegt:

Zuschlagskriterien	Gewichtung Hauptkriterien	Gewichtung Unterkriterien	Punkte	Gewichtete Maximalpunktzahl
Brutto-Gesamtangebotspreis	35 %			350
Konzept elektronische Leistungs- sowie Belegerfassung und Belegprüfung	12,5 %			125
Informations- und Buchungsportal und Konzept zur digitalen Unterweisung	17,5 %			175
Konzepte zur Durchführung der Betreuung	35 %			350
Konzept zur arbeitssicherheitstechnischen Betreuung unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit der arbeitsmedizinischen Betreuung		20 %	0 - 10	
Konzepte zur interdisziplinären Mitwirkung bei Angeboten zur betrieblichen Gesundheitsförderung, Arbeitspsychologie und Prävention		10 %	0 - 10	
Konzept zur Interdisziplinäre Mitwirkung BEM-Fallmanagement		5%	0 - 10	
Summe	100%			1.000

Zuschlagskriterium „Brutto-Gesamtangebotspreis“

Das Zuschlagskriterium "Brutto-Gesamtangebotspreis" wird mit 35 % berücksichtigt. Zur Abgabe des preislichen Angebots ist das Preisblatt auszufüllen, das sich am Ende dieser Leistungsbeschreibung befindet. Die Vorgaben der Leistungsbeschreibung dürfen nicht verändert werden. Es ist ausschließlich ein Pauschalpreis an der vorgegebenen Stelle einzutragen. Für die Leistungserbringung ist ausschließlich dieser Preis maßgeblich.

Also entfällt auf das Angebot mit dem niedrigsten Angebotspreis (A) die Preis-Maximalpunktzahl von 350 Punkten. Bei allen anderen Angeboten wird von der Preis-Maximalpunktzahl (350 Punkte) eine Differenzpunktzahl abgezogen (Punktabzug), die ihrer prozentualen preislichen Abweichung zum günstigsten Angebot entspricht. Folgende Berechnungsformeln werden angewandt:

$$\text{Abweichung [in \%]} = \frac{(\text{Angebotspreis des zu wertenden Angebots [in EUR]} * 100)}{(\text{Angebotspreis des günstigsten Angebots [in EUR]})} - 100$$

$$\text{Punktabzug [in Punkten]} = \frac{350 \text{ Punkte} * \text{Abweichung [in \%]}}{100}$$

$$\text{Punktzahl Preis des zu wertenden Angebots} = 350 \text{ Punkte} - \text{Punktabzug [in Punkten]}$$

Eine Punktzahl von 350 entspricht dabei dem Bestwert. Diese erhält der günstigste Bieter. Derjenige, der den doppelten Preis (und mehr) des preisgünstigsten Bieters anbietet, erhält 0 Punkte. Diese Methode zur Ermittlung der Rangfolge der Angebote in preislicher Hinsicht bildet nach Auffassung des Auftraggebers die Wirtschaftlichkeitsunterschiede angemessen ab.

Weitere Zuschlagskriterien

Es werden die Qualität und Funktionalität bezogen auf die konkrete Auftragsdurchführung bewertet, indem Konzepte zur Durchführung der Betreuung abverlangt und bewertet werden.

Bewertungsmaßstäbe für die weiteren Zuschlagskriterien

Die Bewertung erfolgt in einem Kontinuum von 10 Punkten für die sehr gute Erfüllung eines Kriteriums, bis zu 0 Punkten für die ungenügende Erfüllung eines Kriteriums. Die mangelhafte Erfüllung wird mit ein bis zwei Punkten bewertet, die ausreichende Erfüllung mit drei bis vier Punkten, die befriedigende Erfüllung mit fünf bis sechs Punkten, die gute Erfüllung mit sieben bis acht Punkten und die sehr gute Erfüllung mit neun bis zehn Punkten. Die Bewertung erfolgt gemäß den nachfolgenden Kriterien:

- Sehr gut – eine besonders hervorragende Erfüllung der Auswahlkriterien (9 – 10);
- Gut – eine erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegende Erfüllung der Auswahlkriterien (7 – 8);
- Befriedigend – eine Erfüllung der Kriterien, die in jeder Hinsicht durchschnittlichen Anforderungen entspricht (5 – 6);
- Ausreichend – eine Erfüllung der Kriterien, die trotz ihrer Mängel durchschnittlichen Anforderungen noch entspricht (3 – 4);
- Mangelhaft – eine an erheblichen Mängeln leidende, im Ganzen nicht mehr brauchbare Erfüllung der Kriterien (1 – 2);
- Ungenügend – eine völlig unbrauchbare Erfüllung der geforderten Kriterien (0).

Die Ergebnisse bei den einzelnen Zuschlagskriterien werden anhand der vorgegebenen Gewichtung zu einer gewichteten Gesamtpunktzahl für den Bieter verrechnet (s.o. Tabelle).

Erläuterung besondere Bedeutung

Die nachfolgenden Erläuterungen geben einen Hinweis, worauf der Auftraggeber bei der Bewertung der einzeln benannten Konzepte ein besonderes Augenmerk hat. Das begründet sich in der Bedeutung dieser Bereiche für den Auftraggeber.

Zuschlagskriterium „Konzept elektronische Leistungs- sowie Belegerfassung und Belegprüfung“

Die Qualität und Funktionalität bezogen auf die konkrete Auftragsdurchführung wird anhand eines Konzeptes zur Durchführung der elektronischen Leistungs- sowie Belegerfassung bewertet.

Die Bewertung erfolgt gemäß den dargestellten Bewertungsmaßstäben für weitere Zuschlagskriterien.

Die Bewertung erfolgt anhand der Aussagen des geforderten Konzeptes zu den nachfolgenden

Kriterien:

Automatisierungsgrad: Fähigkeit, den Prozess der Leistungs- sowie Belegerfassung und -verarbeitung so zu automatisieren, dass dieser einerseits den Anforderungen an Compliance und Nachverfolgbarkeit gerecht wird und andererseits Synergieeffekte wie bspw. Zeitersparnis und Fehlerreduktion realisiert werden können.

Datenqualität: Die Genauigkeit der Datenerfassung ist Voraussetzung für eine valide und zuverlässige Analyse, Auswertung und Weiterverarbeitung der Daten.

Integrationsfähigkeit: Die elektronische Belegerfassung muss über eine Schnittstelle in bereits bestehende Standardanwendungen (z. B. Word, Excel) integrierbar sein.

Flexibilität, Anpassbarkeit, Skalierbarkeit: Die Fähigkeit Anpassungen gem. den kundenspezifischen Erfordernissen vorzunehmen und mit steigenden Mengen von Dokumenten und Anforderungen mitzuwachsen.

Erfahrung: Erläuterung der Erfahrungen bei der Implementierung der elektronischen Leistungs- sowie der Belegerfassung und -prüfung

Sicherheit und Datenschutz: Angemessene Sicherheitsmaßnahmen und ein Berechtigungskonzept im Datenschutz sind essentiell, um die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen und Risiken eines unberechtigten Zugriffs zu minimieren.

Anhand der für das Konzept nach obigem Schema erreichten Bewertungspunktzahl (0 – 10 Punkte) wird unter Zugrundelegung der Gewichtung die gewichtete Punktzahl ermittelt. Bei der bestmöglichen Bewertung mit 10 Punkten wird eine gewichtete Punktzahl von 125 Punkten erreicht werden. Bei einer niedrigeren Bewertungspunktzahl wird eine im Verhältnis hierzu niedrigere Punktzahl erreicht. Folgende Berechnungsformel wird angewandt:

$$\text{Punktzahl} = \frac{125 \text{ Punkte} * \text{erreichte Punktzahl}}{10}$$

Zuschlagskriterien „Konzepte zur Durchführung der Betreuung“

Die Qualität und Funktionalität bezogen auf die konkrete Auftragsdurchführung wird anhand der abverlangten Konzepte zur Durchführung der Betreuung bewertet.

Die Bewertung der Konzepte erfolgt gemäß den dargestellten Bewertungsmaßstäben für weitere Zuschlagskriterien.

Zuschlagskriterium Konzepte zur arbeitssicherheitstechnischen Betreuung unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit der arbeitsmedizinischen Betreuung

Das Konzept muss die für die Landesverwaltung wesentlichen Aufgabenfelder der DGUV Vorschrift 2 für die Betreuungsgruppe III der Grundbetreuung enthalten.

Der Bieter muss mindestens auf nachfolgend umrissene Themen eingehen. Die Qualität, Tiefe und Überzeugungskraft der Darstellung wird entsprechend der o.a. Bewertungsmaßstäbe bewertet.

Unterstützung und Beratung der Dienststellenleiter (inkl. entsprechender Dokumentation)
bei/zu:

- der Erstellung und Fortschreibung der Gefährdungsbeurteilungen,
- Maßnahmen der Verhältnisprävention,
- gemeinsamen Begehungen,
- der Beurteilung der Arbeitsbedingungen an den Arbeitsplätzen in den Schulen unter Berücksichtigung von zu identifizierenden Gefährdungen und Belastungen,
- der Dokumentation und Kooperation mit dem Schulträger,
- Maßnahmen der Verhaltensprävention,
- der Durchführung von digitalen Unterweisungen von Schulleitungen sowie Lehrkräften / Aufklärung und Beratung,
- der Brandschutzorganisation, Ersthelferorganisation und des Hygienemanagements einschließlich Hygieneplan,
- der Umsetzung der Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes, Mutterschutzgesetzes, der Lastenhandhabungsverordnung, zu Hautschutzplänen, Lärmbelastung, Raumluft und Raumausstattung u.a.
- Anleitung/Beratung von Arbeitssicherheitsbeauftragten.

Anhand der für das Konzept nach obigem Schema erreichten Bewertungspunktzahl (0 – 10 Punkte) wird unter Zugrundelegung der Gewichtung die gewichtete Punktzahl ermittelt. Bei der bestmöglichen Bewertung mit 10 Punkten wird eine gewichtete Punktzahl von 350 Punkten erreicht werden. Wobei jedes der Teilkonzepte einzeln bewertet wird und die im Verhältnis gewichteten Punkte zu einer Gesamtpunktzahl aufaddiert werden. Bei einer niedrigeren Bewertungspunktzahl wird eine im Verhältnis hierzu niedrigere Punktzahl erreicht. Folgende Berechnungsformel wird angewandt:

Punktzahl = $\frac{350 \text{ Punkte} * \text{erreichte Punktzahl}}{10}$

10

Zuschlagskriterium Informations- und Buchungsportal und Konzept zur digitalen Unterweisung

Erwartet wird die Konzeption und Umsetzung eines Internetportals, das zum Einen sämtliche Informationen, die nach ASiG, ArbSchG und DGUV Vorschrift 2 und weiterer zu beachtender Rechtsvorschriften bündelt und zum anderen ein modernes, webbasiertes Unterweisungssystem bereitstellt.

Dabei sind folgende Anforderungen zu erfüllen:

- DSGVO-konform
- browserbasiert (keine lokale Installation erforderlich)
- Zugriff für alle Schulen landesweit
- Mehrsprachigkeit (optional)

Folgende Funktionen müssen gegeben sein:

- automatisierte Zuweisung von Unterweisungen
- Tracking des Bearbeitungsstands
- Erinnerungsfunktionen
- revisionssichere Dokumentation
- Exportfunktionen für Prüfungen

Folgende Inhalte (beispielhaft):

- Infektionsschutz Schule
- Verhalten bei Gewalt / Konflikten
- Bildschirmarbeit
- Erste Hilfe
- Brandschutz

Anhand der für das Konzept nach obigem Schema erreichten Bewertungspunktzahl (0 – 10

Punkte) wird unter Zugrundelegung der Gewichtung die gewichtete Punktzahl ermittelt. Bei der bestmöglichen Bewertung mit 10 Punkten wird eine gewichtete Punktzahl von 175 Punkten

erreicht werden. Bei einer niedrigeren Bewertungspunktzahl wird eine im Verhältnis hierzu niedrigere Punktzahl erreicht. Folgende Berechnungsformel wird angewandt:

Punktzahl = 175 Punkte * erreichte Punktzahl

8. Arbeits- und Maßnahmenplanung sowie Koordination

Für jedes Los ist nach Auftragserteilung ein eigenständiger Arbeits- und Maßnahmenplan zu erstellen und mit dem Auftraggeber abzustimmen. Die jährliche Arbeits- und Maßnahmenplanung erfolgt losweise, wobei Schnittstellen und gemeinsame Maßnahmen mit dem jeweils anderen Los zu berücksichtigen sind.

Für jedes Fachlos ist auf der Grundlage eines zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer zu verabredenden Arbeits- und Maßnahmenplanes im ersten Betreuungsjahr bis spätestens 01.09. und ab dem zweiten Betreuungsjahr bis spätestens zum 31.01. des jeweiligen Vertragsjahres als Grundlage für die Arbeit zu erstellen.

Dieser muss mindestens enthalten:

- Art und Umfang der Grundbetreuung,
- Art und Umfang der betriebsspezifischen Betreuung,
- Festlegungen der Termine für die Steuerung und Projektbegleitung zur Qualitätssicherung,
- besondere Betreuungsschwerpunkte,
- Vorgaben zur Leistungsdokumentation und
- Regelungen hinsichtlich der Leistungsabrechnung.

9. Gremienstruktur und Teilnahme der Auftragnehmer

Zur laufenden Klärung der Zuständigkeiten, Koordinierung der Zusammenarbeit und Vertragssteuerung werden folgende Gremien eingerichtet werden:

Gremienstruktur

- Facharbeitsgruppe (1 x im Quartal / 4 x jährlich)
- Steuerungsgruppe (bei Bedarf maximal 1 x im Quartal / 4 x jährlich)
- Arbeitsschutzausschuss nach § 11 ASiG (1 x im Quartal / 4 x jährlich).

Die Gremienstruktur gilt für beide Lose. Die jeweiligen Ansprechpartner der Auftragnehmer beider Lose nehmen an den Sitzungen teil und bringen ihre Fachkompetenz ein.

10. Arbeitsplan und Berichtswesen

Jeder Auftragnehmer ist verpflichtet, für sein Los die geforderten Berichte (Soll-Ist-Bericht, Tätigkeitsbericht, Jahresbericht) zu erstellen. Die Berichte sind dem Auftraggeber vorzulegen und bei übergreifenden Themen mit dem anderen Los abzustimmen, um Dopplungen zu vermeiden.

Von der Begehung der Arbeitsplätze der Landesbediensteten an öffentlichen Schulen ist für die jeweilige Schule digital ein Protokoll zu erstellen, das von der Schulleitung bzw. einer anderen autorisierten Person digital zu unterzeichnen und der jeweiligen Schule sowie dem LSchA digital zu übergeben ist.

Zur Gewährleistung eines effektiven Controllings sind die erbrachten Leistungen monatlich in Form von Reportings darzustellen. Diese sind differenziert nach Leistungen der Grundbetreuung und Leistungen der betriebsspezifischen Betreuung zu erstellen und monatlich fortzuschreiben.

Des Weiteren hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber quartalsweise sowie fortlaufend eine Aufstellung sämtlicher erbrachter Leistungen – insbesondere mit Angaben dazu, wann eine Leistung erbracht wurde, welche konkrete Leistung erbracht wurde und für welche Schule sie erbracht wurde.

Der Auftragnehmer erstellt bis spätestens 31. März des Folgejahres einen Bericht gemäß § 5 DGUV Vorschrift 2. Der Bericht hat Aussagen zur Leistungsverteilung sowie zur Wirkung und Effektivität der Betreuungsmaßnahmen zu treffen. Der Bericht enthält zudem jährlich ein Schwerpunktthema.

Die Berichte haben Auskunft über die Zusammenarbeit der Betriebsärzte, Psychologen und Fachkräfte für Arbeitssicherheit zu geben. Diese sind dem Auftraggeber zu übergeben und haben mindestens Angaben zu folgenden Punkten zu enthalten:

- Festgestellte Mängel und Abstellung oder Vorschläge zu deren Abstellung am Arbeitsplatz der Bediensteten.
- Mit den Ansprechpartnern abgestimmte Tätigkeitsschwerpunkte des Jahres und Darstellung der Abarbeitung.
- Von den Personalvertretungen an die Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit herangetragene Themenschwerpunkte/Problemkreise.
- Vorschläge zu präventiven Maßnahmen für das folgende Jahr.
- Sonstige Vorschläge zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit des Landespersonals an öffentlichen Schulen.

Ebenfalls bis zum 30. April eines jeden Jahres ist ein gemeinsamer Jahresbericht in Zusammenarbeit des Auftragnehmers, des Auftraggebers sowie des LSchA für das zurückliegende Vertragsjahr, welcher die qualitative Berichterstattung beinhaltet, zu erstellen. Der Jahresbericht ist nach Hauptaufgabenfeldern entsprechend der DGUV Vorschrift 2 zu gliedern. Des Weiteren hat der Bericht Aussagen zur Leistungsverteilung sowie zur Wirkung und Effektivität der Betreuungsmaßnahmen wiederzugeben. Aus den einzelnen Fachdisziplinen Arbeitsmedizin, Arbeitssicherheit sowie Arbeitspsychologie und Prävention ist ein in der Steuerungsgruppe abgestimmtes Schwerpunktthema zu beschreiben.

11. Datenschutz, Verschwiegenheit – gilt für beide Lose

Der Auftragnehmer sowie die für ihn tätigen Mitarbeiter sind gegenüber Dritten zur Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten und Informationen verpflichtet, die Ihnen im Rahmen der Tätigkeit des hier in Rede stehenden Leistungsvertrags zur Kenntnis gelangen. Dies gilt auch für die Angelegenheiten des Auftraggebers (einschließlich Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse). Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertrages fort. Sie entfällt soweit die Mitarbeiter des Auftragnehmers durch den Auftraggeber schriftlich von der Schweigepflicht entbunden werden.

Die gesetzlichen Anforderungen an den Datenschutz sind von beiden Vertragspartnern zu erfüllen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, alle zur Erfüllung des Vertrages erforderlichen Daten mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitungsanlagen in eigener Verantwortung, eigener Entscheidung und im eigenen Namen unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten zu erheben, zu verarbeiten und zu nutzen. Eine Verwendung der Daten für andere Zwecke ist unzulässig.

Der Auftragnehmer sichert insbesondere zu, die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorgaben zu überwachen und die mit der Datenverarbeitung beschäftigten Personen auf das Datengeheimnis zu verpflichten. Er trifft die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen, die die Sicherheit der Datenbestände und Datenverarbeitungsabläufe gewährleisten. Dazu weist der Auftragnehmer ein gültiges Zertifikat nach ISO 27001 nach. Soweit dieses Zertifikat während der Vertragslaufzeit abläuft, wird der Auftragnehmer rechtzeitig vor Ablauf ein Folgezertifikat beantragen und unaufgefordert dem Auftraggeber vorlegen.

Der Auftragnehmer ist bei zwingender Notwendigkeit im Einzelfall berechtigt, die zur Erfüllung des Vertrages erforderlichen Daten auch durch Dritte verarbeiten zu lassen. Diese Dritten müssen jedoch ebenfalls nach ISO 27001 zertifiziert sein.

12. Vergütung und Rechnungslegung je Los

Die Leistungen der Betriebsärzte, Psychologen und der Fachkräfte für Arbeitssicherheit sind durch den Auftragnehmer in Absprache mit dem Auftraggeber so zu planen und zu koordinieren, dass die nach DGUV Vorschrift 2 vorgegebenen Einsatzzeiten flächendeckend erbracht werden.

Eine Übertragung nicht erbrachter Einsatzzeiten in das folgende Kalenderjahr ist ausgeschlossen.

Die Rechnungsstellung erfolgt ausschließlich digital und monatlich an das Landesschulamt Sachsen-Anhalt (LSchA) Ernst-Kamieth-Str. 2 06112 Halle (Saale). Sämtliche für die Rechnungsprüfung und Leistungsdokumentation erforderlichen Unterlagen sind ebenfalls in digitaler Form bereitzustellen.

Die Vergütung richtet sich nach den vertraglich vereinbarten Konditionen und basiert auf den nachgewiesenen Einsatzzeiten des jeweiligen Monats. Der Leistungsumfang ergibt sich aus den vertraglichen Vereinbarungen. Die Leistungsdokumentation sowie die beleghaften Nachweise sind vom Auftragnehmer elektronisch zu erfassen und dem LSchA in digital auswertbarer Form zur Verfügung zu stellen.

Mit diesem elektronischen Workflow sollen die administrativen Aufwände für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Rechnungslegung optimiert und Fehleranfälligkeiten minimiert werden. Über die Einzelheiten der Einführung und den Betrieb legt der Auftragnehmer einen Vorschlag in Form eines Konzepts vor.

Aus der Abrechnung der geleisteten Einsatzzeit muss hervorgehen, dass für Leistungen der Anlage 2 zu § 2 Abs. 3 DGUV Vorschrift 2, Nr. 2 Grundbetreuung, Ziffern 5 bis 9, maximal 30 Prozent der Leistungen angerechnet werden. Aufgrund eines Besuches evtl. erforderliche Folgeleistungen werden zum tatsächlichen Aufwand (ohne Zeiten einer Vor- bzw. Nachbereitung) berechnet.

Leistungen, die alle oder die Mehrzahl der Arbeitsplätze der Landesbediensteten in gleicher Weise betreffen und Leistungen, die bisher nicht erfasst sind, sind mit dem LSchA

abzustimmen. Daraus resultierende Unterlagen, die einen einmaligen Recherche- oder Erstellungsaufwand erfordern, sind digital zu hinterlegen und werden einmalig vergütet.

Einsatzzeiten für wiederkehrende Leistungen im Rahmen der Grundbetreuung und der betriebsspezifischen Betreuung erfordern eine besondere Vor- und Nachbereitung.

Diese Leistungen sollen daher über festgelegte Pauschalen abgerechnet werden. Zur Verwaltungsvereinfachung für beide Vertragsparteien ist vorgesehen, nach Vertragsabschluss für wiederkehrende Leistungen entsprechende

Abrechnungspauschalen zu vereinbaren. Im Rahmen der Angebotsbewertung sind die angegebenen Abrechnungspauschalen nicht preisbildend.

Die Pauschalen gelten unabhängig davon, ob das Angebot bereits besteht oder auf den Auftraggeber angepasst werden muss. Kosten insbesondere für Konzeptionierung und Entwicklung können in diesen Fällen nicht gesondert in Rechnung gestellt werden.

Die Pauschalen gelten sowohl für die Umsetzung in digitaler Form als auch in Präsenz. Alle Vor- und Nachbereitungsarbeiten sind inkludiert, insbesondere die Dokumentation, Erstellung von Handouts, Teilnahmebescheinigungen sowie die Terminkoordinierung.

Zusätzliche Kosten, wie etwa für Impfstoffe, werden gesondert abgerechnet.

In der Arbeitsmedizin gilt: Soweit nach ärztlichem Ermessen zusätzliche Untersuchungen (z. B. weiterführende Labor- oder Röntgenuntersuchungen) erforderlich werden, sind diese mit dem 1,15-fachen Satz der GOÄ anzusetzen.

Telefonische Beratungsleistungen, soweit nicht durch die Pauschalen abgedeckt, werden nach tatsächlichem Aufwand in 15-Minuten-Taktung abgerechnet.

Der jeweilige Stundensatz versteht sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer, sofern und soweit diese anfällt. (Anfall und Hebesatz sind im Leistungsverzeichnis zu vermerken).

Die Stundensätze sind für die Laufzeit des Vertrages (01.08.2026 – 31.12.2030) fix und verbindlich. Eine Überprüfung der Verteilung der Einsatzzeiten in der Grundbetreuung findet erstmals nach zwei Jahren statt. Entsprechendes gilt für die Einsatzzeiten in der betriebsspezifischen Betreuung.

Die Angabe der Stundenzahl in der betriebsspezifischen Betreuung sowie die Betreuung in den medizinischen Zentren beruht auf Erfahrungswerten bzw. Schätzungen. Die Erfahrungswerte werden angegeben, um dem Bieter die Kalkulation zu erleichtern, und um die Vergleichbarkeit der Angebote im Rahmen der hier vorzunehmenden Wertung sicherzustellen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Erbringung dieser Stunden besteht indessen nicht.

Nicht enthalten in den Stundensätzen sind:

- Röntgen- und Laborkosten für spezielle Untersuchungen im Falle von Gefahren, Infektionen, Epidemien und Pandemien (z. B. Schadstoffe, Infektionskrankheiten),
- Sachkosten für Untersuchungen nach der Gefahrstoffverordnung für die Bestimmung von BAT-Werten,
- Kosten für Impfstoffe und
- Kosten für erforderliche Verbrauchsmaterialien.

Die Formvorschriften nach der Vergabeverordnung (VgV) in der zuletzt gültigen Fassung sind zu beachten. Insbesondere sind die im Aufforderungsschreiben und im Angebotsformular näher beschriebenen Unterlagen und Nachweise vollständig vorzulegen.

13. Haftung – gilt für beide Lose

Der Auftragsnehmer übernimmt die Haftung für unmittelbare Personen-, Sach- und sonstige Schäden, die auf schuldhaftes Handeln im Rahmen der Betreuung zurückzuführen sind.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, für die Dauer des Vertragsverhältnisses eine branchenübliche Haftpflichtversicherung zu unterhalten und dem Auftraggeber jährlich zum 1. 4. nachzuweisen. Die Haftpflichtversicherung wird auf 2.500.000,00 € begrenzt.